

Transformation und Weltmarktintegration Perspektiven der Reformländer Mittel- und Osteuropas in der internationalen Arbeitsteilung

Die in mancher Hinsicht gravierend von den Erwartungen östlicher Reformen und westlicher Berater abweichenden Reformverläufe in den Ländern Mittel- und Osteuropas haben eine merkliche Intensivierung der theoretischen Diskussion zu den Entstehungs- und Funktionsbedingungen von Marktwirtschaften sowie zu Inhalt und Voraussetzungen ökonomisch-sozialer Entwicklung unter den Bedingungen einer entfalteten internationalen Arbeitsteilung hervorgebracht (vgl. u.a. Kregel/Matzner/Grabher 1992; Hübner 1992; Herr/Westphal 1993; Hölscher et al. 1993 und 1994; Betz/Riese 1995). Dabei zeichnet sich in der Realität wie in der Theoriebildung immer deutlicher ab, daß Vorstellungen vom Charakter des Reformprozesses als simple »Einführung der Marktwirtschaft« oder als Nachvollzug »ursprünglicher Akkumulation« bzw. auch als nationalstaatliches Projekt »nachholender Modernisierung« - unter dem Primat 'richtiger Wirtschaftspolitik'¹ - der inneren Komplexität und der weltökonomischen Dimension dieses Prozesses in doppelt Hinsicht nicht gerecht zu werden vermögen.

Erstens wird in derart vereinfachenden Auffassungen die »Definitionsmacht der Weltökonomie als Bezugsgröße schlechthin« (Narr/Schubert 1994: 13) unzulässig unterschätzt. Die bereits in den siebziger und achtziger Jahren in der »Dritten Welt« weitgehend gescheiterten Versuche, ökonomisch-soziale Modernisierung auf nationalstaatlicher Grundlage gegen den Peripherisierungsdruck des Weltmarkts durchzusetzen, haben offenbar werden lassen, daß mit der Herausbildung einer »Geo-Ökonomie« von »Wettbewerbsstaaten«² die Hoffnung auf die Realisierbarkeit eines Projekts nachholender Entwicklung in einer relativ abgeschlossenen Nationalökonomie endgültig aufgegeben werden muß.

Dies hängt *zweitens* nicht zuletzt damit zusammen, daß sich angesichts des

1 Wenn angenommen wird, daß die Wirtschaftskrise in Rußland wie auch in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten lediglich »durch eine Fehlentwicklung der Investitions- und Industriepolitik bedingt ist« (Holtbrügge 1994: 157), dann entscheidet über Erfolg oder Scheitern der Transformation natürlich allein die 'richtige Politik', während systemische, im Funktionieren des Weltmarkts notwendig eingeschlossene Transformationshindernisse völlig ausgeblendet bleiben.

2 Vgl. zur Ablösung des »fordistischen Sicherheitsstaats« durch den »nationalen Wettbewerbsstaat« vor allem Hirsch 1993; Hirsch 1994; Altwater 1994a; Altwater 1994b.

wachsenden ökologisch-sozialen Problemdrucks auch und vor allem in den Industrieländern die modernisierungstheoretisch inspirierte Vorstellung von einer 'erfolgreichen' Transformation als Herausbildung von Geld- und Marktwirtschaften des OECD-Typs zunehmend als Illusion erweist (Brie/Klein 1991 und 1993; Altvater 1991 und 1992; Amin 1992; Wagner 1994). Die »Transitologie«, die davon ausgeht, daß das zukünftige Gesellschaftsmodell der mittel- und osteuropäischen Reformländer »nicht nur erwünscht, sondern auch schon bekannt ist« (Stark 1994: 128), und die daher die bisherigen Transformationsresultate mit Vorliebe anhand von Einkommens- und Konsumkennziffern schematisch am nordwestlichen Referenzmodell mißt, kann die Frage nach den Kriterien 'erfolgreicher' Transformation nicht sinnvoll beantworten. Zur Ableitung von Kriterien für einen Gesellschaftszustand, der als 'erfolgreiche' Transformation gelten kann, ist es unter den Druck der Umstände unerlässlich, den im globalen Maßstab notwendigen Übergang zu einem Modell nachhaltiger Entwicklung in Rechnung zu stellen.

Aus beiden Aspekten folgt, daß sich bei der Untersuchung des aktuellen Transformationsverlaufs und bei der Ableitung möglicher Perspektiven dieses Prozesses nicht nur Annahmen verbieten, die den einfachen Nachvollzug westlicher Entwicklungsmuster in den östlichen Reformländern unterstellen, sondern daß es vor allem auch darum gehen muß, die Wirkungsmacht weltwirtschaftlicher Zusammenhänge in die Analyse einzu beziehen. Letzteres erscheint auch mit Bezug auf die Reformstrategien geboten, da unabhängig vom jeweiligen, eher gradualistischen oder auf Schocktherapien setzenden Vorgehen³ die weitgehende *Liberalisierung der Außenhandels- und Devisentransaktionen* - neben der Freigabe der Preisbildung und der Privatisierung - einen prominenten Platz im Katalog der wirtschaftspolitischen Maßnahmen einnimmt, die als Mindestvoraussetzung für eine Transformation zu Markt- und Geldwirtschaften gelten (Herr/Westphal 1990: 15f.; Koop/Nunnenkamp 1994: 70f.).⁴

Gerade die außenwirtschaftliche Liberalisierung als vermeintlich unverzichtbares Strukturelement marktwirtschaftlicher Reformen erweist sich jedoch sowohl aus entwicklungstheoretischer Sicht wie auch aufgrund hi-

3 Bemerkenswerterweise teilen die Reformländer - unabhängig von der (vermeintlich oder tatsächlich) verfolgten Reformstrategie - nicht nur ein breites Einverständnis über das Mindestset an notwendigen Reformmaßnahmen, sondern auch die gleichen Problemlagen, wie Juchler (1994) mit einer Fülle von empirischen Belegen herausgearbeitet hat.

4 Vgl. auch Schelkle (1994: 125), die in diesem Zusammenhang die beispiellos radikale Öffnung der Reformökonomien zum Weltmarkt als Flucht nach vorn aus dem Dilemma einer fehlgeleiteten und fehlgeschlagenen inneren Transformation beschreibt und im Vergleich zum Vorgehen bei der Herausbildung einer Geldwirtschaft im Nachkriegsdeutschland von einer »umgekehrten Sequenzierung« spricht.

storischer Erfahrungen in den südlichen Entwicklungsländern als ausgesprochen ambivalent. Einerseits ist kapitalistische Marktwirtschaft ihrer Natur nach Weltmarktwirtschaft. Ohne Integration in die internationale Zirkulation von Waren, Dienstleistungen und Kapital und damit in die internationale Arbeitsteilung, ohne Vernetzung mit dem Weltmarkt, »der überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise bildet« (Marx 1894: 120), können sich marktwirtschaftliche Strukturen auch binnengesellschaftlich nicht zur Totalität - als kohärentes System ökonomischer, sozialer und politischer Verhältnisse und institutioneller Rahmenbedingungen - entfalten. Andererseits zeigt ein Blick auf die vielgestaltigen Versuche der südlichen Entwicklungswelt, eine solche Integration zu vollziehen, daß die von entfalteten Weltwirtschaftszusammenhängen ausgehenden Anpassungszwänge ein erhebliches Destruktions- und Deformationspotential enthalten. Ein Fehlschlag im Bemühen um nachholende, weltmarktfähige Wirtschaftsentwicklung hat jedoch - vor allem über Verschuldung und globales Zinsregime exekutierte - verheerende Folgen. Die weltökonomisch periphere Position der gescheiterten Modernisierungsaspiranten wird nicht nur konserviert, sondern über Deindustrialisierung, zunehmende soziale Verelendung und weitgehende passive Abkoppelung von der internationalen Arbeitsteilung drastisch verschärft (Lüken genannt Klaffen 1993). Auch in bezug auf die Transformationsökonomien delegitimiert bereits eine oberflächliche Betrachtung der Voraussetzungen eines weltwirtschaftlichen Reintegrationsversuchs und die möglichen Konsequenzen seines Scheiterns all jene euphorischen Visionen, die lediglich das OECD-Modell antizipieren. Allein die Existenz einer »Dritten Welt« von unterentwickelten Ländern, deren Reproduktionsstrukturen auch weitgehend von Markt- und Geldbeziehungen geprägt werden, verweist mit Nachdruck darauf, daß Integration in einen entfalteten Weltmarkt nicht nur auf der Sonnenseite, mit Wohlstand und Sozialstaatlichkeit, sondern auch im Schatten ökonomisch-sozialer Unterentwicklung mit ihren oft tödlichen Bedrohungen von Verelendung und sozialen, ethnischen sowie nationalen Konflikten möglich ist.⁵ Mehr noch, in einem kapitalistischen Weltmarkt

5 »...mit dem Zusammenbruch der Planwirtschaft offenbarte sich, daß Effizienz und technischer Fortschritt als die ökonomischen Kriterien, auf die sich die Systemtheorie bezog, nicht die Überlegenheit der Marktwirtschaft zu begründen vermögen. Denn die Systemtheorie gilt nicht nur für die Industrieländer, die diese ökonomischen Kriterien erfüllen, sondern ebenso auch für die Entwicklungsländer, die diesen Kriterien keineswegs genügen... (...) Für die transformationstheoretische Diskussion indiziert diese Einsicht, daß eine Integration der Transformationsökonomien in die Weltwirtökonomie lediglich den Übergang von der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft markiert. (...) Eine Integration in die Weltökonomie läßt offen, ob sich die Transformationsökonomien zu Industrie- oder Entwicklungsländern transformieren« (Riese 1993: 111 und 133f.).

ist die Peripherisierung eines Teils der Länder eine »notwendige Funktionsbedingung des Systems« (Lüken genannt Kläßen 1993: 67).

Systemische Zwänge und problematische Ausgangsbedingungen

Die Reintegration der mittel- und osteuropäischen Reformländer in die internationale Arbeitsteilung - in welcher Position auch immer - stellt zweifellos einen Kernprozeß des Übergangs von Plan- zu Geld- und Marktwirtschaften dar. Dies ergibt sich aus drei zentralen Transformations- bzw. Entwicklungserfordernissen - erstens aus dem *Zwang zur Herstellung der allgemeinen Kapitalverwertungsbedingungen*, deren nationale Gestaltung sich an den Verwertungsbedingungen auf der Ebene des Weltmarkts orientieren muß, zweitens aus dem damit verbundenen *industriellen Modernisierungszwang*, dem nur über den (in der Regel kreditfinanzierten) Import von fortgeschrittenen Technologien entsprochen werden kann, sowie drittens durch den *Zwang zur Bedienung der noch unter staatssozialistischen Verhältnissen aufgehäuften 'Alt'-Schulden und der durch den Import von Modernisierungstechnologien entstehenden 'Neu'-Schulden*, deren allmähliche Reduzierung über längere Zeiträume eine positive Leistungsbilanz erfordert, was wiederum nur Ergebnis einer exportorientierten Weltmarktintegration sein kann.

Die *Herstellung rentabler kapitalistischer Produktionsverhältnisse* ist der wesentliche Inhalt des marktorientierten Transformationsprozesses.⁶ Ohne die Herausbildung gesamtgesellschaftlicher Rentabilität der Kapitalverwertung kann sich kapitalistische Produktion nicht als kohärentes System entfalten. Soweit weltmarktgängige Erzeugnisse das Ergebnis produktiver Kapitalverwertung sind, mißt sich das für ihre Produktion charakteristische nationale Rentabilitätsniveau direkt am von außen vorgegebenen weltwirtschaftlichen Stand der Rentabilität. In dem Maße wie sich die dem Kapitalverhältnis von Anfang an immanente Tendenz »zur beständigen Aus-

6 Die monetärkeynesianische Schule um Hajo Riese erfaßt diesen Sachverhalt mit der Notwendigkeit von »Einkommensbildung« als Ergebnis des Wirtschaftsprozesses. »Einkommensbildung« oder was dasselbe ist, die Realisierung von Profiten, die auf oder über dem Zinsniveau liegen, stellt sich als Voraussetzung dafür dar, daß ein marktwirtschaftlicher »Einkommens-Investitions-Mechanismus« in Gang gesetzt werden kann. Allerdings helfen auch die sehr instruktiven Untersuchungen über historische Erfolgsfälle (insbesondere Deutschland) nach dem zweiten Weltkrieg nicht aus dem doppelten Dilemma, daß zum einen die Herausbildung der marktwirtschaftlichen Akteure und Institutionen damit nicht geklärt wird (Deutschland war eben nur eine geschwächte Ökonomie, deren marktwirtschaftliche Grundverfassung bereits bestand) und daß zum andern das Projekt erfolgreicher Transformation explizit als nationalwirtschaftliches konzipiert bleiben muß (Riese 1993: 124 und 137), was in einer »Geo-Ökonomie« der Auflösung nationalstaatlicher Steuerungsspielräume von vornherein eine problematische Erfolgsvoraussetzung darstellt (vgl. auch Riese 1994; Scheikle 1994).

dehnung des Weltmarkts« (Marx 1994: 346) gegen den wiederholten Versuch ihrer Bändigung im »fordistischen 'Sicherheitsstaat' mit seinen bürokratischen Präventions- und Kontrollstrategien« (Hirsch 1994: 8) durchsetzt, reicht in globalisierten Markt- und Geldwirtschaften für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation eines Landes die bloße Steigerung der Produktivität nicht mehr aus. Wie innerhalb einer Branche nur die im Verhältnis aller Produzenten durchschnittlich oder überdurchschnittlich produktiven Produzenten eine angemessene oder besonders günstige Verwertung ihres Kapitals erzielen, ist für die Verbesserung der nationalen Wirtschaftsposition das Erreichen der *relativ zu anderen Regionen* durchschnittlichen oder möglichst sogar höheren Rentabilität erforderlich.

Die Etablierung rentabler Produktionsverhältnisse in allen Sphären der gesellschaftlichen Reproduktion kann über eine minimalistische, allein auf die Selbstregulationsfähigkeit von Marktsystemen setzende Reformstrategie nicht erreicht werden. Weder der ambitionierte Versuch, schnell eine konvertierbare Währung einzuführen⁷, noch die möglichst rasche Privatisierung der Produktionsmittel können die für die Verwertung von Kapital notwendigen komplexen Rahmenbedingungen quasi über Nacht schaffen. »Beide, das Geld wie das privatwirtschaftlich organisierte Produktiveigentum, stellen gleichermaßen Mittel und verschiedene Formen für die Vermehrung von Kapital dar. Ohne produktive Vermehrung von Kapital verlieren beide ihre marktwirtschaftlichen Funktionen« (Steffen 1994a: 342).

7 »Unter Konvertibilität ist ökonomisch sinnvoll nur die Abwesenheit von Kapitalverkehrsbeschränkungen bei Aufrechterhaltung eines stabilen nominellen Wechselkurses zu verstehen« (Herr 1993: 41). Dieser (an die Wirtschaftsleistung anspruchsvolle) Zustand kann aber keineswegs administrativ verordnet werden. »Konvertibilität ist weder ein spontanes Resultat, noch eine Eigenschaft von Währungen, die per Dekret eingeführt oder allein durch eine restriktive Geldpolitik erreicht werden kann. Sie basiert auf der Existenz eines marktwirtschaftlichen Systems und kann nur allmählich, parallel zur Etablierung des Prozesses der Produktion und Einkommensbildung, hergestellt werden« (Thomasberger 1994: 156). Andererseits unterstellt globale Vermarktwirtschaftlichung notwendigerweise überall geld- und warenwirtschaftliche Verhältnisse. Von daher ist der von Thomasberger konstatierte (1994: 138f.) wirtschaftstheoretische Wandel in bezug auf das Konvertibilitätsproblem zu begreifen. Waren die keynesianisch regulierten fordistischen Nachkriegswirtschaften im Nordwesten vor allem national abgeschlossene Räume, deren außenwirtschaftliche Verflechtungen vielfältig (staatsvertraglich) reguliert wurden, so daß die Konvertibilität der Währung zunächst eine zweitrangige Bedeutung hatte, so gilt international kontraktfähiges (nationales) Geld heute geradezu als Eintrittskarte in die »Geo-Ökonomie«. Damit erlangt die Herstellung der vollen Konvertibilität der Währungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern einen herausragenden Status in den Reformprogrammen. Da allerdings die ökonomischen Voraussetzungen für einen stabilen Wechselkurs in der Regel nicht am Beginn des Transformationsprozesses geschaffen werden können, begünstigt der daraus resultierende Abwertungsdruck auf die nationale Währung zusätzlich ein eher koloniales Muster der Integration in die internationale Arbeitsteilung, indem die wirtschaftlichen Aktivitäten auf den Einsatz billiger (unterbewerteter) Arbeit und die Ausbeutung von exportfähigen Rohstoffen gelenkt werden.

Soll die räumlich punktuelle und zeitlich beschränkte Profitabilität einzelner Unternehmungen von der Mikroebene auf die volkswirtschaftliche Ebene übersetzt, d.h. verallgemeinert und verstetigt werden, bedarf es zum einen der *Entstehung von rentablen Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen*. Die Möglichkeit, in allen Sphären der Reproduktion Kapital zu durchschnittlichen Bedingungen zu verwerten, sichert so die marktwirtschaftlich-kapitalistische Durchdringung und kohärente Gestaltung des gesamten volkswirtschaftlichen Raumes als Voraussetzung eines verstetigten Kapitalkreislaufs. Die Rentabilität aller ist die Voraussetzung für die Herstellung von Rentabilität im volkswirtschaftlichen Maßstab und von Konkurrenzfähigkeit in der weltwirtschaftlichen Dimension, wie umgekehrt nur die Aufrechterhaltung entsprechender gesamtgesellschaftlicher Verwertungsbedingungen die Profitabilität der Unternehmen und ihre Fähigkeit, im internationalen Wettbewerb zu bestehen, langfristig zu sichern vermag. Um dies zu gewährleisten, bedarf es zum anderen eines *komplexen Ensembles systemtypischer Rahmenbedingungen*, unter denen eine insgesamt den Wirtschaftsstandort und damit die Profitabilität der produktiven Unternehmungen fördernde (Wirtschafts)Politik, die Garantie von Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung der Vertragsfreiheit neben einer Vielzahl sich ergänzender Institutionen eine zentrale Stellung einnehmen (Altwater 1994b). In jedem Fall hängt es in hohem Grade vom eingeschlagenen politischen Reformkurs ab, ob in der unmittelbaren Übergangsperiode, in der die Mindestvoraussetzungen für das Funktionieren markt- und geldwirtschaftlicher Strukturen geschaffen werden müssen, die Grundlagen für kohärente Volkswirtschaften entstehen können. Allerdings wäre es eine, die weltwirtschaftlichen Realitäten fahrlässig unterschätzende Illusion, davon auszugehen, daß das künftige Resultat der Reformbestrebungen und insbesondere die Stellung der Transformationsländer in den globalen Wirtschaftsbeziehungen allein von der Politik der jeweiligen nationalen Reformkräfte abhängen (Schekle 1995).

Kann die Herstellung systemischer Kohärenz im Verlaufe des Transformationsprozesses nicht erreicht werden, bleibt die marktwirtschaftliche Systematisierung des wirtschaftlichen und sozialen Raumes nur partiell, mehr oder weniger enklavenhaft. Die ökonomisch-sozialen Strukturen werden heterogenisiert und die reproduktiven Verflechtungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren werden deformiert und zum Teil desintegriert. Dies ergibt sich als direkte Folge der wechselseitigen Durchdringung von globalen, nationalstaatlichen und regionalen Wirtschaftsräumen unter den Bedingungen einer entfalteten kapitalistischen Weltwirtschaft. Durch die spezifische Verflechtung dieser ökonomischen Funktionsräume, die sich zunehmend über die Intergration von Segmenten der nationalen Industrien

in weltumspannende Produktionsnetzwerke transnationaler Konzerne vollzieht (Narr/Schubert 1994), können für einzelne Unternehmen und/oder nationale bzw. regionale Industrien rentable Produktionsverhältnisse entstehen, ohne daß dies auch auf gesamtgesellschaftlichem Niveau der Fall ist. Die Zerstörung der systemischen Kohärenz im nationalen Raum - oder auch ihre vereitelte Herausbildung - führt dazu, daß mehr oder weniger große Teile der nationalen Wirtschaft auf den Weltmarkt bzw. auf andere (dominierende) Wirtschaftsräume ausgerichtet werden. D.h. diese weltmarktorientierten Sektoren werden faktisch durch ein fremdes Wirtschaftsresp. Währungsgebiet bewirtschaftet. Die hier entstehenden Einkommen werden nicht nur in fremder Währung realisiert, sondern verbleiben - zumindest soweit es sich dabei um Gewinne handelt - in der Regel im auswärtigen Währungsraum (Lüken genannt Kläßen 1993: 113 - 115)⁸.

Besonders prädestiniert für einen derartigen *Ausgleich nationaler Rentabilitäts- und Systematisierungsdefizite durch den Weltmarkt* sind Wirtschaftszweige, deren Vorleistungsbedarf (binnenwirtschaftliche Verflechtung) relativ gering ist, weil sie den Naturstoff unmittelbar zum Arbeitsgegenstand haben - wie z.B. extraktive Industrien und bis zu einem gewissen Grade auch die Landwirtschaft - oder weil die Verflechtungsbeziehungen im Vorleistungsbereich relativ einfach strukturiert sind - wie z.B. bei der Herstellung von Massengütern als erste Verarbeitungsstufe von Rohstoffen in der Stahl-, Aluminium-, oder Düngemittelerzeugung - und deren Exportchancen günstig sind, die also bei Absatzstockungen im Inland auf den Weltmarkt ausweichen können. Ähnlich verhält es sich mit jenen Industrien, die ihre Vorleistungen im wesentlichen importieren und die Endprodukte exportieren. Angelockt durch spezifische Standortbedingungen (insbesondere Lohnkostensparnisse im Verhältnis zum Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, aber auch die Nähe zu Exportmärkten, besondere Marktzugangsbedingungen, Umgehung von nichttarifären Handelshemmnissen usw.) dringt ausländisches Kapital in die jeweils interessanten nationalen Wirtschaftsräume vor und systematisiert ihre inneren Verflechtungen soweit dies für eine rentable Produktion erforderlich ist. Bei derartigen Auslagerungsindustrien handelt es sich oft um Produktionssparten, deren Innovationspotential relativ erschöpft ist, in denen die Erzeuger daher vor allem über Kostensenkungen miteinander konkurrieren. Dadurch, daß die Fort-

8 Die Steuerung eines Teils der Produktion durch Fremdwährung manifestiert sich im realen Wirtschaftsprozeß in dem häufig als Kapitalflucht gedeuteten Phänomen, daß die durch den Export erzielten Deviseneinnahmen nicht ins Inland zurücktransferiert werden, sondern als Finanzanlagen oder Direktinvestitionen im Ausland verbleiben. Auf diese Weise erklärt sich dann auch die vermeintlich paradoxe Tatsache, daß die Direktinvestitionen russischer Unternehmen in der BRD (vor allem in Ostdeutschland) derzeit größer sind als die bundesdeutscher Firmen in Rußland (Holtbrügge 1994: 163).

führung dieser Produktionslinien natürlich von der Fortexistenz der für die Verlagerung maßgeblichen Standortfaktoren - insbesondere dem niedrigen Reallohnniveau - abhängt, können durch diese Fertigungen kaum durchgreifende Modernisierungsgewinne erreicht werden. Wie die Erfahrungen südlicher Entwicklungsländer zeigen, stellen desintegrierte, fremdbewirtschaftete Sektoren ein erhebliches, in kurzen Zeiträumen kaum zu beseitigendes Hindernis für die Entstehung volkswirtschaftlicher Kohärenz dar. Einen dritten Bereich mit außergewöhnlich hoher Profitabilität bilden schließlich jene mehr oder weniger illegalen bzw. informellen 'Unternehmungen', die über einen direkten Anschluß an internationale mafiotische Strukturen verfügen (Schmuggel, Drogenhandel etc.).

Die Stärkung alter - vor allem im Rohstoff- und Massengüterbereich angesiedelter - und die Erschließung neuer Exportlinien, die zunächst an den wenigen relativ günstigen Standortfaktoren anzusetzen gezwungen sind, erscheinen jedoch als alternativlose Voraussetzung zur Erwirtschaftung von Deviseneinnahmen für den *Import modernster Technologien*, mit deren Hilfe der eigentliche Modernisierungsschub im Zuge einer nachholenden Industrialisierung erlangt werden soll.

Obwohl die Erfahrungen der »Dritten Welt« mit diesem Entwicklungsszenario insgesamt als enttäuschend eingeschätzt werden müssen (Wittkowski 1992), stellt es sich vermeintlich auch für die mittel- und osteuropäischen Reformländer als entwicklungsstrategischer Imperativ (vgl. als Beispiel dafür Habuda 1993: 196f.). Wird dieses scheinbar unumgängliche Industrialisierungsparadigma allerdings vor dem Hintergrund z.B. der hiesigen Standortdebatte - Deutschland als Investitionsstandort für transnationale Konzerne - reflektiert, so liegt die Vermutung nahe - und dies wird zumindest partiell durch den Verlauf von Modernisierungsprozessen in den semiindustrialisierten Ländern Ostasiens gestützt -, daß sich der Transfer modernster Technologien, wenn überhaupt, nur über Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen realisieren läßt. Dazu müßten die Reformökonomien allerdings in der Lage sein, einen ganzen Komplex von Standortbedingungen zu sichern, der sie im allgemeinen Wettlauf der Nationen um eine vorteilhafte Stellung innerhalb transnationaler Produktionsketten in eine günstige Position bringt.

Aber selbst dann, wenn der Import von Hochtechnologien als ein eher unrealistischer Ansatz zur Verbesserung der industriellen Effizienz und damit der Wettbewerbsposition angesehen und deshalb nicht forciert wird, bleibt der Zwang zur Erwirtschaftung von Deviseneinnahmen zur Deckung des wachsenden Bedarfs an Ersatzinvestitionen bei bereits existierenden Industrieanlagen bestehen. Ohne die Sicherung der notwendigen Importe an Ersatzteilen und technologischen Komponenten droht in vielen Ländern

Mittel- und Osteuropas ein schleichender Deindustrialisierungsprozeß, der wahrscheinlich noch gar nicht richtig begonnen hat.

Ein dritter wesentlicher Umstand, der die Reformländer Mittel- und Osteuropas faktisch bedingungslos zur raschen Integration in die internationale Arbeitsteilung zwingt, besteht in den zum großen Teil noch unter realsozialistischen Bedingungen aufgetürmten 'Alt'-Schulden und dem weiteren *Anwachsen des Schuldenbergs* im Verlaufe der Reformen. Abgesehen von einigen wenigen Fällen, in denen z.B. für Polen ein Teil der Auslandsschulden aus politischen Erwägungen erlassen wurde, hat sich die Verschuldungssituation in Mittel- und Osteuropa in den letzten Jahren fortlaufend verschärft. Dies resultiert nicht zuletzt daraus, daß die im Rahmen von Unterstützungsprogrammen der OECD-Länder bzw. von Weltbank und IWF bereitgestellten Finanzhilfen fast ausschließlich als 'harte' Darlehen, also zu marktüblichen Zinsen vergeben werden (EBRD 1993a; Benson, Clay 1992: 38-60; Chahoud 1994: 2; Transition 1995: 9). Exportüberschüsse sind daher nicht nur ein wesentliches Element zur Absicherung binnenwirtschaftlicher Modernisierungsprozesse, sondern Voraussetzung für eine, sicherlich nur über einen längeren Zeitraum überhaupt erreichbare Entschuldung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften. Allerdings muß eine Reihe von Ländern, insbesondere Ungarn (mit der weltweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung), Polen, Bulgarien und zunehmend auch Rußland als *chronisch überschuldet* angesehen werden. Das bedeutet, daß durch den Druck der Zins- und Tilgungszahlungen das Akkumulationspotential weit unter das, für einen nach herkömmlichen Maßstäben »erfolgreichen« nachholenden Industrialisierungsprozeß notwendige Maß gedrückt wird. Bereits eine Verschuldungsrate (Auslandsschulden in Relation zum BIP) von 25% - und die Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Länder hat diese Schwelle bereits überschritten - erfordert in der Regel Schuldendienstzahlungen, die faktisch die Leistungsfähigkeit jeder Volkswirtschaft übersteigen und auf Dauer ruinieren müssen (Kreye 1994: 214). Während die durchschnittliche jährliche Schuldendienstquote (Schuldendienstzahlungen im Verhältnis zu den Exporterlösen) im »verlorenen Jahrzehnt« der achtziger Jahre in Lateinamerika zwischen 53% am Anfang und 31% am Ende der Periode lag, gehen selbst die relativ optimistischen Schätzungen der Weltbank für Rußland davon aus, daß seine Schuldendienstquote für die gesamten 90er Jahre über 50% liegen wird (Chahoud 1994: 4). Das heißt, der Entwicklungsspielraum überschuldeter Reformländer engt sich schwerwiegend ein. Dies wird vor allem deutlich, wenn die *strukturellen Wirkungen* einer derart erzwungenen, exportorientierten Weltmarktintegration in Rechnung gestellt werden.

Jenseits der mit der Herstellung der Funktionsbedingungen kapitalistischer Marktwirtschaften verbundenen systemischen Zwänge erweisen sich auch

die während des Kalten Krieges im realsozialistischen Wirtschaftsraum ausgeprägten arbeitsteiligen Beziehungen als *problematische Ausgangsbasis* für einen Wiedereintritt der Transformationsländer in die Weltwirtschaft. In Mittel- und Osteuropa haben sich infolge der relativen Abkoppelung vom Weltmarkt im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) spezifische außenwirtschaftliche Verflechtungen herausgebildet (dazu auch Hopfmann 1993a: 24f.). Im Zentrum dieser Beziehungen stand die damalige UdSSR, die nicht nur mit ca. 280 Millionen Einwohnern den weitaus größten nationalen Wirtschaftsraum im RGW darstellte und allein dadurch einen enormen Anpassungsdruck auf die industriellen Binnenstrukturen der anderen staatssozialistischen Länder ausübte, sondern auch die Rolle des Hauptrohstofflieferanten innehatte. Durch die besonderen Ausgleichsmechanismen der gegenseitigen Warenströme im RGW, die zwar formal über den »Transferrubel« wertmäßig bilanziert wurden, aber faktisch auf den bilateralen Ausgleich des Handels in natura hinausliefen, entstanden in allen RGW-Staaten hochgradig spezialisierte Produktionspotentiale, deren Rentabilität nur unter den Bedingungen relativer Isolation vom Weltmarkt hergestellt werden konnte. Zudem bewirkte der Rohstoffreichtum der UdSSR einerseits und der relative Mangel an natürlichen Ressourcen in den realsozialistischen Partnerländern andererseits eine hypertrophe Entwicklung des extraktiven Sektors in der Sowjetunion, wie sich überhaupt infolge des auf die verstärkte Produktion von Produktionsmitteln orientierten, vorwiegend extensiven Industrialisierungsmodells in nahezu allen Ländern ein Übergewicht schwerindustrieller Bereiche herausbildete. Auf der Ebene industrieller Spezialisierung bewirkte die Größe des sowjetischen Wirtschaftsraums neben der Übernahme von Industriestandards vor allem eine Ausrichtung am sowjetischen Bedarf. Zwischen den kleineren mittel- und osteuropäischen RGW-Ländern entstanden vor allem komplementäre Produktionsstrukturen für Fertigerzeugnisse, die vergleichbaren Produkten aus dem OECD-Raum qualitativ zwar oft unterlegen waren, die aber aufgrund des chronischen Devisenmangels von dort überhaupt nicht oder nur in unzureichenden Mengen importiert werden konnten.

Insgesamt stehen die Reformländer von Beginn der Transformation an, trotz erheblicher wirtschaftsstruktureller Nachteile (hypertrophen Produktionspotentialen und global nicht wettbewerbsfähigen Spezialisierungen) unter einem gewaltigem Druck, ihre Volkswirtschaften zu einem Weltmarkt zu öffnen, der zwar grundlegend durch Konkurrenzverhältnisse charakterisiert ist, der gleichzeitig aber auch von verfestigten transnationalen Kartellstrukturen und von Bestrebungen nach politischer Vermachtung - vor allem über die Regulierungsversuche der sogenannten G 7-Länder -

geprägt wird. Unter diesen ungünstigen Umständen haben die osteuropäischen Reformländer die Liberalisierung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen in einem Ausmaß vollzogen, das im Vergleich zum Grad der Marktöffnung in den westlichen Industrieländern als präzedenzlos gelten kann (Inotai 1993; Hölscher et al. 1993: 153, 226). Dies hat weitreichende Konsequenzen.

Der in Verbindung mit der Außenhandelsliberalisierung vollzogene, unvermittelte Übergang zur Zahlung in konvertierbaren Währungen führte zu einem »Hartwährungsschock«, in dessen Folge die Handelsbeziehungen der ehemaligen RGW-Länder faktisch kollabierten. So fiel der Import der UdSSR aus dem RGW-Raum um 63 Prozent, und aus dem OECD-Raum immerhin um 33 Prozent (EBRD 1993b: 19). Da dieser außergewöhnlich drastische Rückgang auch die Handelsbeziehungen zu den Industrieländern erfaßte - und hier war der Rückgang nur deshalb nicht so gravierend, weil die westlichen Regierungen in der Lage waren, das Exportgeschäft zum Teil mit Kreditbürgschaften abzusichern - können diese Entwicklungen nur in geringem Maße aus einer Umorientierung in den Handelsströmen erklärt werden. Der Umstand, daß sogar der Import von lebensnotwendigen Energieträgern und von Zulieferungen für die Produktion von Gütern mit hoher einheimischer Nachfrage gestoppt werden mußte (Sereghyová 1993: 150), verweist auf den Mangel an Hartwährung als Hauptursache für den Zusammenbruch der traditionellen Handelsbeziehungen. Dieser wird auch dadurch befördert, daß weder die Unternehmen noch die Regierungen der Reformländer fähig waren, Exportkredite bereitzustellen, um die Devisenknappheit der Importeure zu überbrücken.

Aufgrund des hohen Spezialisierungsgrads zwischen den industriellen Bereichen der ehemaligen RGW-Länder hat die überstürzte Umstellung der Zahlungsbedingungen schwerwiegende Konsequenzen für die Produktionsstruktur. Zum einen werden ganze Industriebereiche, deren technische Ausstattung aus dem ehemaligen RGW-Raum stammt, infolge der Unfähigkeit zum Import von Ersatzteilen und Zulieferungen zum Teil sofort und langfristig völlig aus dem Produktionsprozeß herausfallen. Zum anderen werden gerade die relativ entwickelten verarbeitenden Industrien mit Ausrichtung auf Exporte ins RGW-Gebiet durch den Zusammenbruch der Absatzmärkte in ihrer Existenz bedroht.

Diese unübersehbare *Deindustrialisierungstendenz* wird durch den *dramatischen Wandel in der Außenhandelsstruktur* noch verfestigt.⁹ Die Nachfrage aus dem OECD-Raum, die ohnehin auch in der Vergangenheit stark auf

9 Insgesamt ist Anfang der 90er Jahre das Außenhandelsvolumen der mittel- und osteuropäischen Reformländer drastisch geschrumpft; in Tschechien, der slowakischen Republik, Bulgarien und Rumänien um ca. 50%, in Polen sogar um 75% (Winkler 1994: 251).

Agrarprodukte, Rohstoffe, Massengüter und billige Fertigwaren konzentriert war, engt sich noch weiter auf einige wenige Produktgruppen ein, bei denen die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften über den Preis, vor allem unter Einsatz ihres niedrigen Lohnniveaus, konkurrieren können (Dauderstädt, Domitra, Ehrke 1992). Dies betrifft aber nicht nur die Westexporte, auch in den verbliebenen Handelsbeziehungen zwischen den ehemaligen RGW-Staaten verändert sich die Handelsstruktur eher ungünstig. Betrug z.B. der Anteil von Industrieerzeugnissen im polnisch-ungarischen Handel Ende der achtziger Jahre noch rund 60%, so ist dieser in den Jahren nach der Marktöffnung auf rund 10% zurückgefallen, während der Anteil der Rohstoffe nunmehr 75% übersteigt. Damit beginnt sich eine Einbindung Mittel- und Osteuropas in die internationale Arbeitsteilung herauszubilden, die langfristig nur geringe Entwicklungspotentiale eröffnet und die die Reformländer in jene Marktsegmente (Rohstoffe, Agrarerzeugnisse, industrielle Massengüter wie Stahl, Chemikalien, Textilien), drängt, in denen die Preiselastizität der Produktion gering ist und in denen sie auf die harte Konkurrenz von Anbietern aus den südlichen Entwicklungsländern treffen. Da jedoch die Lohnkosten in den »Dritt-Welt-Ländern« oft noch unter denen in Mittel- und Osteuropa liegen und die in der Regel von transnationalen Gesellschaften getragene Produktion dort häufig auf fortgeschrittenen technologischen Standards basiert, ist selbst in diesen Bereichen die Konkurrenzposition der Transformationsökonomien prekär.

Auch binnenwirtschaftlich zeitigt die quasi bedingungslose Öffnung zum Weltmarkt Wirkungen, die weit über den durchaus gewollten Effekt der Erhöhung des Konkurrenzdrucks auf die größtenteils noch monopolistisch strukturierte einheimische Produktion hinausgehen. Während lediglich bestimmte Wirtschaftszweige, insbesondere die Rohstoffgewinnung und erste Verarbeitungsstufen sowie einzelne Bereiche der Leichtindustrie als verlängerte Werkbank für ausländische Kapitalinvestitionen interessant sind, beschränkt sich die Tätigkeit ausländischer Unternehmen ansonsten auf die möglichst weitgehende Übernahme des nach langanhaltender, zum Teil auch stürmischer Inflation und damit einhergehender Reallohnsenkung verbliebenen Marktpotentials. So sind z.B. in Rußland mehr als 80% aller registrierten Unternehmen mit ausländischer Beteiligung im Handel oder im Dienstleistungssektor aktiv (Holtbrügge 1994: 163). Einerseits werden also über die selektive Integration einzelner Wirtschaftsbereiche dort international konkurrenzfähige Produktionsbedingungen geschaffen. Andererseits wird die Zahl potentiell konkurrenzfähiger einheimischer Produzenten durch einen massiven Verdrängungswettbewerb dezimiert. Infolge der stark gesunkenen Nachfrage nach Industriegütern, aber auch nach Nahrungsmitteln erweisen sich die Reformländer in der Tendenz - wenn

auch nicht in dem Ausmaß wie in der »Dritten Welt« - als *überindustrialisiert*. Auch in der Landwirtschaft wird aufgrund des relativ hohen Industrialisierungsgrads gemessen an der kauffähigen Nachfrage zu kostenintensiv produziert (Lukas 1993). Dies ist nicht zuletzt den Wirkungen der von Weltbank und IWF nahezu überall durchgesetzten Orientierung der Reformprogramme auf makroökonomische Stabilisierung über eine restriktive Geldpolitik bei gleichzeitiger außenwirtschaftlicher Liberalisierung geschuldet. Eine derartige Strategie führt nicht nur zu einschneidenden Reallohnsenkungen. Mit ihr wird auch der Überflutung des Binnenmarktes mit Importgütern Tür und Tor geöffnet. »Überindustrialisierung« und »Coca-Cola-Kolonisierung« sind Phänomene, die die Reformländer in die Nähe von »Dritt-Welt-Ländern« rücken (Tittenbrun 1992).

In die typische Phänomenologie der südlichen Entwicklungsländer paßt schließlich auch das unübersehbare *Anwachsen der informellen Wirtschaft*. Dieser Bereich speist sich nicht nur aus illegalen Aktivitäten (Schwarzarbeit, Schmuggel, Drogenkriminalität etc.), von denen geschätzt wird, daß sie z.B. in Polen bis zu 30% des gesamten wirtschaftlichen Verkehrs umfassen (Grabowski 1993: 315, Hölscher et al. 1993: 224, 278, Tittenbrun 1992), sondern zunehmend auch aus der Herausdrängung von Bevölkerungsgruppen aus formellen, kapitalistisch-marktwirtschaftlichen - vor allem weltmarktkonkurrenzfähigen - Strukturen hinein in prekäre Formen der Existenzsicherung in der (Halb)Subsistenzlandwirtschaft oder in der kleinen Warenproduktion (»Überlebensproduktion«).

Insgesamt lassen sich im Zusammenhang mit der raschen außenwirtschaftlichen Liberalisierung in den Ländern Mittel- und Osteuropas deutliche *Peripherisierungstendenzen* ausmachen, die sowohl aus den binnenwirtschaftlichen Startbedingungen resultieren als auch direkte Folge verfehlter politischer Strategien sowie spontan wirkender weltwirtschaftlicher Mechanismen sind. Inwieweit dem weltmarktvermittelten »Peripherisierungsdruck« entgegengewirkt werden kann, ist nicht nur eine Frage der Wahl angemessener Transformationsstrategien, sondern vor allem auch davon abhängig, welche Strategien die westlichen Industrieländer im Weltmarkt und insbesondere gegenüber den Reformökonomien verfolgen.

Westliche Hilfsprogramme und Interessenlagen

Die Reaktion der OECD-Welt auf die allseits in dieser Form und vor allem in dieser Geschwindigkeit unerwartete Implosion der Staatssozialismen in Mittel- und Osteuropa war doppelt bestimmt: Einerseits verfestigte sich die vereinfachende, aber bequeme Deutung dieses kolossalen Epocheereignisses entlang *modernisierungstheoretischer Grundmuster*, die sowohl das

Postulat vom 'Ende der Geschichte' als 'Sieg von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft' stützten als auch eine simple Zielbestimmung des Transformationsprozesses als 'nachholende, imitative Modernisierung' ermöglichten (vgl. dazu Müller 1991). Andererseits wurde auf den Systemkollaps im Osten vor dem Hintergrund des prekären *Zustands der weltwirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der westlichen Hemisphäre* am Ende der achtziger Jahre politisch-praktisch reagiert. Beide Bearbeitungsweisen prägten ihrerseits insbesondere das Design der Hilfsprogramme, mit denen die Transformationsprozesse im mittleren und östlichen Europa gleichzeitig unterstützt wie auch orientiert¹⁰ werden sollten.

Die modernisierungstheoretische Vorstellung vom »realexistierenden Sozialismus' (als) eine Entwicklungsstufe zu einem letztlich nur noch mit Gewalt zu verhindernden Kapitalismus« (Senghaas 1982: 305) begünstigte auf der Seite der wirtschaftlichen und politischen Akteure im Westen eine Erwartungshaltung, die mehr oder weniger explizit von der Prämisse ausging, daß es sich bei den Reformländern Mittel- und Osteuropas um *deformierte Marktgesellschaften* handelt. Von daher verengte sich die Transformationsproblematik faktisch auf das Beseitigen der staatssozialistischen Eliten (Debolschewisierung) und die Freisetzung des individuellen Erwerbstriebes über die Herstellung von Marktverhältnissen sowie die beschleunigte Privatisierung der volkseigenen, staatlich verwalteten Produktionsmittel. Ein schockartiges Umwälzen der gesamten komplexen Wirtschaftsstrukturen erschien so nicht nur hinsichtlich der Erfolgsaussichten als eher unproblematisch, sondern in bezug auf die möglichen Kosten auch als günstigste Variante einer Transformationsstrategie, die in Wirklichkeit unter binnenwirtschaftlichen Aspekten mehr eine »Freisetzungskonzeption« und in bezug auf die außenwirtschaftlich notwendige Integration in den Weltmarkt ein »Strukturanpassungsprogramm« war.¹¹ Da die neoklas-

10 Die Bedeutung des Orientierungsaspekts wird auch darin deutlich, daß faktisch nur klare Bekenntnisse zu Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie und »rasche« Reformschritte - völlig unabhängig von ihrer Sinnhaftigkeit im jeweiligen nationalen Kontext und trotz absehbar hoher sozialer Kosten - als Ausweis von Reformwilligkeit im Westen anerkannt werden. Die Suche nach Transformationskonzepten unter Beachtung konkreter, historisch gewachsener Umstände wird dergestalt delegitimiert und mit dem Entzug von Unterstützung 'geahndet'. Als besonders instruktiv kann hier das Beispiel der russischen Privatisierungspolitik gelten, die unter Mißachtung der realen ökonomischen Bedingungen schließlich allein zu dem Zweck in das Zentrum administrativer Reformmaßnahmen gerückt wurde, um gegenüber dem IWF den politischen Beweis für die Reformwilligkeit der Regierung zu erbringen (Steffen 1995: 143).

11 Wenn davon ausgegangen wird, daß die staatssozialistischen Ökonomien sich von westlichen Geld- und Marktgesellschaften allein durch ihren politischen »Überbau« und die durch diesen exekutierten »Deformationen« des »verhinderten Kapitalismus« unterscheiden, dann genügt die Beseitigung der politischen Strukturen völlig als Reformstrategie - der Rest kann getrost dem Markt überlassen werden. Ein Scheitern kann dann natürlich nur aus »Politikversagen« resultieren. Daß jedoch das eigentliche Politikversagen in der

sische Wirtschaftstheorie weder eine Entwicklungstheorie ist noch das Fundament für eine solche Theorie bieten kann (Hübner 1992: 567; Schelkle 1995: 105, 107), kann es kaum verwundern, daß die Entwürfe für Reformstrategien - z.B. in Polen, der Tschechischen Republik oder auch im russischen 500-Tage-Programm - mehr oder weniger umstandslos massive Anleihen bei den von Weltbank und IWF in der »Dritten Welt« mit zweifelhaften Ergebnissen implementierten Stabilisierungs- und Struktur-anpassungsprogrammen nahmen. Das grundlegende Ziel dieser Maßnahmen, makroökonomische Stabilisierung mittels einer restriktiven Geldpolitik zur Sicherung der Geldwertstabilität über positive Realzinsen zu erreichen, verfehlt in der Regel das Kernproblem des Transformationsprozesses und geht mit fragwürdigen außenwirtschaftlichen Wirkungen einher.

Durch die Reduzierung staatlicher Budgetdefizite und die Senkung der Inflation kann es zwar möglich werden, positive Realzinsen zu erreichen, allein die allgemeinen Rentabilitätsbedingungen der Kapitalverwertung werden dadurch nicht automatisch hervorgebracht. Vielmehr kann gerade der positive Realzins bereits die Profitabilität produktiver Investitionen in Frage stellen und damit eine Präferenz der Geldvermögensbesitzer für Finanzanlagen stärken.¹² Das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau bleibt aufgrund ungünstiger Profiterwartungen niedrig und ein selbsttragender Akkumulationsprozeß kommt nicht in Gang. Auf der außenwirtschaftlichen Ebene wird der Export entlang traditioneller, konkurrenzfähiger Produktionslinien zur Bedingungen für den Ausgleich des Staatshaushalts, aus dem auch die fälligen Zahlungen für die Auslandsschulden aufgebracht werden müssen. Neben den wirtschaftsstrukturell bedenklichen, konservierenden Effekten einer derartigen Exportstrategie, die zudem noch weitgehend unflexibel gegenüber Veränderungen der entsprechende Weltmarktpreise ist, führt der Versuch, über eine Unterbewertung der nationalen Währung - sofern überhaupt durchsetzbar - den Export zu fördern, zu einer Vergrößerung der Auslandsschulden und zur Verteuerung von Produktion und Investitionen, soweit sie auf importierte Komponenten angewiesen sind. In dem Beharren auf einer derartigen Reformstrategie betätigen sich IWF und Weltbank faktisch als Bewahrer der gegenwärtigen Weltwirtschaftsstrukturen und als Vertreter der Interessen etablierter Markt- und Geldwirtschaften (Riese 1993: 138).

Erst die sich im Reformverlauf einstellenden 'unerwarteten Entwicklungen' und die deutlich werdenden 'Irrtümer' haben schließlich offenbart, daß die

Gestaltung des Transformationsprozesses liegt, dies nachhaltig zu demonstrieren, blieb ironischerweise den Musterschülern in Sachen Marktwirtschaft im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung vorbehalten.

12 »Die Bereitschaft der Wirtschaftssubjekte zu Geldvorschüssen in Produktivkapital oder zu Krediten in inländischer Währung an Unternehmen wird (in IWF-Programmen - AH.) überhaupt nicht diskutiert« (Herr 1993: 37).

Natur der Ausgangsbedingungen für die Transformation in wesentlichen Bezügen falsch interpretiert wurde (Hopfmann 1993a: 19 - 22) und »daß die traditionelle ökonomische Theorie ... nicht in der Lage ist, einen konsistenten Transformationspfad zu begründen« (Hübner 1992: 565) - so daß der Umbruch in Mittel- und Osteuropa durchaus nicht zwangsläufig zu Marktwirtschaften des OECD-Typs führen muß.

Dafür daß die im Reformprozeß bereits eingetretenen Strukturumbrüche (Heterogenisierung, Deindustrialisierung, Informalisierung der Wirtschaft) die Gefahr einer weltwirtschaftlichen Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in (semi)peripherer Position weiter vergrößert haben, spricht auch die *Verfaßtheit der globalökonomischen Reproduktionsbedingungen*, die faktisch alle Länder unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau über die Funktionsmechanismen der Währungskonkurrenz und den globalen Standortwettbewerb permanentem Peripherisierungsdruck aussetzt (Lüken genannt Klaben 1993).

Seit dem Beginn der siebziger Jahre ist die im Bereich der westlichen Industrieländer globalisierte fordistische Akkumulations- und Regulationsweise nicht nur in eine Umbruchkrise, deren akutes Stadium mit der Implosion der staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas zusammenfällt (Klein 1995), sondern in eine tiefgreifende Evolutions- bzw. Zivilisationskrise eingetreten. Ein totaler und radikaler Umbruch grundlegender Reproduktionsstrukturen steht auf der Tagesordnung. Der sich als verschärfte Konkurrenz via verschlechterte Verwertungsbedingungen des produktiven Kapitals im Fall der durchschnittlichen Profitrate (Krüger 1994) und als allgemeine Kostensteigerung - z.B. als zunehmende Unbezahbarkeit der bisherigen sozialstaatlichen Sicherungsnetze - geltend machende Veränderungsdruck konnte auch durch eine neue Phase der wissenschaftlich-technischen Revolution, durch neue Formen des Managements und der Produktionsorganisation sowie durch Finanzinnovationen nicht aufgefangen werden. Letztere haben sogar im Verein mit dem permanent hohen Refinanzierungsbedarf der chronisch defizitären Staatsbudgets und dem daraus resultierenden relativ hohen Realzinsniveau unmittelbar dazu beigetragen, den Druck auf die Profitabilität produktiver Kapitalinvestitionen weiter zu steigern. Das konservativ-neoliberale Projekt zur Beseitigung dieses Zustands über Investitionsförderung mittels Deregulierung und Kostenentlastung der Unternehmen endete in einer »kreditfinanzierten konjunkturellen Scheinblüte« (Menard 1993), die, während das Investitionsniveau in den kapitalistischen Ländern weiter niedrig blieb und an der Schwelle zu den neunziger Jahren sogar weiter absackte, mit wachsender Staatsverschuldung einher ging.

Das eigentliche Entwicklungsproblem der kapitalistischen Weltwirtschaft, der Übergang zu einem neuen Akkumulations- und Regulationsregime, das

insbesondere auch ökologisch zerstörerische und sozial zersetzende Wirkungen deregulierter Marktwirtschaften aufhalten und in eine Variante nachhaltiger Entwicklung übersetzen muß, ist bisher ungelöst. Vor dem Hintergrund dieser fundamentalen Herausforderung ist auch das *Ziel der Reformen in Mittel- und Osteuropa neu zu bestimmen*. Der bevorstehende globale Umbruch in der Produktions- und Existenzweise der Menschheit bedingt, daß der Transformationsprozeß im Osten quasi in einem Zuge zwei Aufgaben zu lösen hat. Einmal den Einbau autonomer wirtschaftlicher Regulative (Markt) in die gesellschaftlichen Reproduktion und zum andern das Gewinnen nachhaltiger, sozial und ökologisch durchhaltbarer Vergesellschaftungszusammenhänge. Letztere Aufgabe teilen die mittel- und osteuropäischen Reformländer mit den nordwestlichen Industrie- und den südlichen Entwicklungsländern.

Gegenwärtig jedoch steigert die bisher noch nicht vollzogene, in ihren wesentlichen Elementen vielleicht noch gar nicht deutlich absehbare Ablösung der linearen, auf Produktions- und Konsumtionswachstum zielenden industriellen Technologien schließlich in dem Maße den Konkurrenzdruck auf den internationalen Märkten (Wagner 1994), wie die Zahl der auf alter technologischer Grundlage wettbewerbsfähigen Anbieter zunimmt. Der im Weltmarktsystem allgegenwärtige Peripherisierungsdruck wächst und im selben Maße nimmt die Rivalität der Industrieländer um günstige Standortbedingungen für immer weniger innovative Investitionen und gleichlaufend der Drang zur Externalisierung von Kosten zu.

Die *spezifische Wahrnehmung* der mittel- und osteuropäischen Transformationsprozesse in den Industrieländern, die als *Marktwirtschaftsfundamentalismus vor dem Hintergrund einer globalen Krise des bisher herrschenden kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhangs* beschrieben werden kann, prägt nachhaltig die *Interessenlagen* der westlichen Nationen in bezug auf die mittel- und osteuropäischen Reformbemühungen.

Zunächst ist eine deutliche *Differenzierung der Interessen nach Maßgabe der unterschiedlichen Betroffenheit* der wirtschaftlichen Hauptmächte auszumachen, wodurch eine abgestimmte Unterstützungsstrategie für Mittel- und Osteuropa weitgehend verhindert wird. Das allen Industrienationen und weltweit agierenden Unternehmen gemeinsame Bestreben, den im Osten neu eröffneten Expansionsraum 'inwertzusetzen', bricht sich unter den Bedingungen einer verschärften globalen Konkurrenzsituation unweigerlich an der Frage nach der Verteilung der dabei (möglicherweise nur vorläufig) entstehenden Kosten. So ist nicht nur zu erklären, daß der erwartete Ansturm von Privatinvestitionen in Mittel- und Osteuropa bisher aus-

geblieben ist¹³, sondern auch die merkliche Zurückhaltung der G 7-Mächte bei der finanziellen Ausstattung von Hilfsprogramm für den wirtschaftlichen Strukturwandel. Neben dem nationalen Einsatz klassischer Instrumente zur Exportförderung, wie sie aus der Entwicklungszusammenarbeit nur zu gut bekannt sind, wird vor allem versucht, über die Einschaltung von IWF und Weltbank eine Gleichverteilung der finanziellen Lasten zu sichern. Zudem impliziert die vorherrschende Form der Finanzhilfen als 'harte' Darlehn, daß längerfristig eine Verwertung der heute aufgebrachten »Vorschüsse« angezielt ist. Dem entspricht auch eine deutliche Konzentration z.B. der über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vergebenen Fördermittel auf den Privatsektor, dessen zögerliche Formierung inzwischen zu einem 'unerwarteten' Mittelabflußproblem geführt hat. Eine dringend notwendige Strategie zur Entschuldung der Transformationsökonomien als eine wesentliche Vorbedingung für eine erfolgreiche Entwicklung (Herr/Westphal 1990: 39) ist daher eine eher illusionäre Erwartung.

Darüberhinausgehendes Engagement resultiert fast ausschließlich - soweit es nicht in punktuelle und kurzfristige humanitäre Aktionen mündet - aus nationalen Interessenlagen differenziert nach dem Betroffenheitsprinzip. So bemüht sich die US-Administration augenscheinlich besonders, das von den neuen Nuklearmächten im Osten ausgehende Risiko durch Unterstützung von Abrüstungs- und Konversionsmaßnahmen zu minimieren, während Japan, nach anfänglicher »Total«-Verweigerung, offenbar dazu übergegangen ist, die beanspruchten vier Kurilen-Inseln durch eine 'Aufkaufstrategie' mittelfristig von Rußland zurückzuerlangen.

Am kompliziertesten stellt sich die Situation zweifellos für Westeuropa dar - für die Region, die von einem Scheitern der Transformationsprozesse auf vielfältige Weise direkt betroffen wäre und die unumstritten das Vorbild für die Reformer in Mittel- und Osteuropa abgibt, zumal sie mit dem Integrationsmodell der EU auch einen realistischen Weg nachholender Entwicklung aufzuzeigen scheint (Hedri 1993; Gál 1993). Die handelspolitischen Realitäten sprechen allerdings eine andere Sprache. Die EU ist gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht nur dem Prinzip der Selektivität, »zwischen den einzelnen Drittländern feinziseliert zu diskriminieren« (Langhammer 1993: 243), treu geblieben, sie hält neben dem sogenannten »Zolleskalationseffekt« mit steigendem Verarbeitungsgrad der Erzeugnisse auch noch ein ganzes Instrumentarium an nichttarifären Handelshemmnissen bereit, das insbesondere Kontingentierungen bei den

13 Bis Mitte 1994 erreichte die gesamte realisierte Investitionssumme seit 1990 rund 16 Mrd. US-Dollar (für Daten zu den Direktinvestitionen vgl. Ostwirtschaftsreport, Nr. 18, 2.9.1994, S. 342f., IFO-Schnelldienst, Nr. 12/94; Neues Deutschland 5.1.1995.

sogenannten sensiblen Importprodukten (Kohle, Rohmetalle, Chemikalien, Bekleidung und Agrarerzeugnisse) betrifft. Selbst das Allgemeine System von Zollpräferenzen trägt einen ausgesprochen willkürlichen und unsteten Charakter. Durch die an nationalen Einzelinteressen orientierte unterschiedliche Kontingentspolitik der EU-Mitgliedsländer schwebt über den Drittländern beständig das Damoklesschwert der Verschlechterung bereits vereinbarter Bedingungen im Zuge von alljährlichen Verhandlungen zur Neufestlegung der Kontingente (Langhammer 1993: 227). Insbesondere jedoch im Agrarbereich hat die EU den europäischen Binnenmarkt zu einer wahren Festung gegenüber den Importen von Nicht-Mitgliedern ausgebaut. So entsteht die paradoxe Situation, daß gerade in dem Bereich, in dem die mittel- und osteuropäischen Länder mit durchschnittlich veredelten, qualitativ akzeptablen Produkten relative Konkurrenzvorteile hätten, die größten Hindernisse bestehen. Die landwirtschaftlichen Erzeuger aus Mittel- und Osteuropa, deren Produktion nicht länger staatlich subventioniert werden soll und kann, sehen sich ohnmächtig der Konkurrenz von an sich teuren, hoch veredelten Qualitätserzeugnissen gegenüber, deren Preise mittels Subventionen aber weit unter den Erzeugerpreis gedrückt werden und die inzwischen - dank der Exportförderung durch die EU - beginnen, auf die geöffneten mittel- und osteuropäischen Märkte vorzudringen (Antal/Raganová 1993).

Insgesamt befördern auch die Mechanismen und Instrumente zur Durchsetzung der jeweils nationalen wie auch der gemeinschaftlichen Interessen der EU-Staaten gegenüber Mittel- und Osteuropa eine Verwandlung dieser Region im Zuge ihrer Reintegration in die Weltwirtschaft in einen Lieferanten von (billigen) Rohstoffen und Energieträgern sowie als Produktionsstandort für (leicht)industrielle Massenbedarfsgüter. In gewisser Abstufung der Standorte würden die Reformländer im Osten so faktisch in für die EU-Ökonomien wirtschaftsstrukturell komplementäre (Semi)Peripherien verwandelt.

Diese Entwicklungstendenz kann auch nicht durch die verschiedenen Hilfsprogramme für den mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraum aufgehoben werden, da diese Programme in Anbetracht der allgemein krisenhaften weltökonomischen Situation - von mehr oder weniger egoistischen Interessen geleitet - *inkonsistent* und unter Bedingungen verstärkten Zwangs zur Kostenvermeidung bzw. -externalisierung auch in ihrem Volumen *unterkritisch* bleiben. 1993 hat die gesamte ausgezahlte westliche Hilfe für Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, die Slowakei und Rumänien zusammengenommen lediglich 15 Mrd. von zugesagten 62,5 Mrd. US-Dollar - d.h. nur 30 US-Dollar pro Kopf - erreicht (Transition 1995: 9). Verschärfend kommt hinzu, daß die einseitige Orientierung auf die Förde-

rung der Privatwirtschaft einer (nach Maßgabe eines langfristigen Transformationserfolges) sinnvollen Allokation ohnehin knapper Ressourcen entgegensteht. Da zudem, wie die Praxis zeigt, in vielen Fällen weniger die Empfängerländer, sondern vor allem westliche Beratungsfirmen die eigentlichen Nutznießer der Hilfsmaßnahmen sind (Holtbrügge 1994), müssen die Programme bereits von ihrem Grundansatz her als *schlecht ausgerichtet* bezeichnet werden.

Ein Fazit

Hinsichtlich zukünftiger Resultate des Reformprozesses und insbesondere in bezug auf die Perspektiven der mittel- und osteuropäischen Länder in der internationalen Arbeitsteilung können aus den vorgestellten Befunden folgende zusammenfassende Schlußfolgerungen gezogen werden:

Erstens: In den Transformationsprozessen Mittel- und Osteuropas werden marktförmige, autonome Wirtschaftsregulative in ein komplexes gesellschaftliches Umfeld eingeführt, das sowohl historisch überkommene Elemente als auch zukünftig noch ausprägende, über die gegenwärtig bekannten Strukturen der Industrieländer hinausgehende Merkmale aufweisen wird (Hopfmann 1993b). Dabei werden nur im Ausnahmefall Volkswirtschaften des heutigen OECD-Typs entstehen. Die im Laufe der Transformation sich vollziehende gesellschaftliche Systembildung kann nur in einer längeren, politisch zu gestaltenden Übergangsperiode erfolgen, in der die entsprechenden gesellschaftlichen Institutionen und Verhaltensmuster hervorgebracht werden.

Zweitens: Kern dieses Prozesses ist im wirtschaftlichen Bereich die Ausbildung komplexer Rentabilitätsbedingungen in allen ökonomisch-reproduktiven Sphären. Dies ist nur bei Integration in eine entfaltete Arbeitsteilung auf der Ebene des Weltmarkts möglich, wobei äußere und innere Wirkungszusammenhänge in enger Wechselwirkung stehen. Gelingt die gesellschaftliche Reorganisation und Systematisierung nur partiell, kann die Wiedereinordnung in das System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur in peripherer Position vollzogen werden. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios wird durch eine zu frühzeitige und unkontrollierte Liberalisierung der Außenwirtschaft, die vor allem eine Spezialisierung auf Lohnkostenvorteile und/oder die Ausbeutung von (billigen) Naturressourcen induziert und die Rückständigkeit sowie wirtschaftliche Fremdbestimmung tendenziell verstärkt, wesentlich vergrößert.

Drittens: In beiden Spezialisierungsfällen geht die Positionierung des Reformlandes an der Peripherie des Weltwirtschaftssystems mit der Ausprägung der auch für südliche Entwicklungsgesellschaften charakteristischen

inneren Strukturen einher. Es bilden sich enklavenhafte, weltmarktorientierte Sektoren mit bereichsspezifischer relativ hoher Konkurrenzfähigkeit in Koexistenz mit deformierten und informellen Sektoren heraus, zwischen denen einerseits spezifische Verflechtungsbeziehungen und andererseits aber auch ein hohes Maß an reproduktiver Desintegration bestehen. Der marktwirtschaftliche Entwicklungsprozeß wird weitgehend blockiert.

Viertens: In dem Maße, wie derartige Entwicklungsszenarien vermieden bzw. abgeschwächt werden können, werden sich die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas differenzieren. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und die mögliche politische Korrektur der Reformstrategien sowie die durch die Lage zum OECD-Raum bestimmten unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen verbieten undifferenzierte Sichten. Die im Zuge der ersten Wahlen nach dem Start der Transformation in den Jahren 1992 bis 1994 (Litauen, Polen, Ungarn, Bulgarien) deutlich werdende Absetzbewegung von marktradikalen Strategien muß auch in Zusammenhang mit dem immer krasser hervortretenden Defiziten der bisher verfolgten Reformprogramme gesehen werden.

Fünftens: Die gegenwärtigen zwar hoch kompetitiven, aber auch kartellförmig organisierten und machtgestützten Weltwirtschaftsbeziehungen stehen einer erfolgreichen, Entwicklung befördernden weltökonomischen Reintegration der Reformländer Mittel- und Osteuropas massiv entgegen. Dies resultiert sowohl aus den spontanen globalökonomischen Funktionsmechanismen und dem von ihnen ausgehenden Anpassungsdruck als auch aus den Mechanismen zur Durchsetzung der Interessen der Industrieländer, die im Kern darauf abzielen sicherzustellen, daß die Führungsmächte der Weltwirtschaft trotz globalem Veränderungsdruck bleiben können, was sie sind. Die zu diesem Zweck ins Werk gesetzten partiellen »Lösungen« sind »bis heute nicht geeignet, irgendetwas zu lösen, sondern beschleunigen höchstens den Verlauf der Krise« (Wagner 1994: 62).

Sechstens: Allein der (Wieder)Eintritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung der westlichen Welt wird - unabhängig von der Position, die diese Länder dort einnehmen - vor allem im EU-Raum zu beträchtlichen Rückwirkungen führen. Der Lohnstückkostendruck aus dem Osten, der Industrieverlagerungen stimuliert und der zumindest politisch implizite Zwang zur Öffnung des westeuropäischen Marktes in sensiblen Bereichen für Exporte aus den ehemals staatssozialistischen Ländern wird ohne Zweifel zu wachsenden sozialen und politischen Konflikten sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch zwischen verschiedenen EU-Ländern und zwischen westeuropäischen und mittel- und osteuropäischen Staaten führen und möglicherweise so die ohnehin notwendigen Wandlungen beschleunigen.

Siebtens: Das Ende des Umbruchprozesses und insbesondere das, was als erfolgreiche Transformation in Mittel- und Osteuropa angesehen werden kann, ist von den Herausforderungen angesichts der gegenwärtigen globalen Evolutionskrise bestimmt. Erst die Herausbildung eines neuen, ökologisch und sozial nachhaltigen Akkumulations- und Regulationsregimes in den Reformländern genauso wie in den heutigen Industrie- und Entwicklungsländern kann die Transformationskrise im Osten und die Umbruchs- und Regulationskrise im Westen wie auch die ökonomisch-soziale Unterentwicklungskrise des Südens zu einem relativen Abschluß bringen. »Sustainable development im Überlebensinteresse der Menschheit auf der ganzen Erde verlangt..., daß Staat und Gesellschaft sich künftig von einer neuen Triade leiten lassen: *Entwicklung im Süden, die die Unterentwicklung durchbricht, Transformation im Osten, die das Abdriften in dauerhafte konfliktgeladene Instabilität vermeidet, und Wandel zu einer anderen Moderne im Westen, um diesen internationalen Notwendigkeiten entsprechen zu können*« (Klein 1993: 189; Hervorhebung im Original).

Literatur

- Altwater, Elmar (1991): *Die Zukunft des Marktes*, Münster.
- Altwater, Elmar (1992): *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*, Münster.
- Altwater, Elmar (1994a): Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberberlehringen, in: *PROKLA*, Nr. 95, S.186-225.
- Altwater, Elmar (1994b): Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, in: *PROKLA*, Nr. 97, S.517-547.
- Amin, Samir (1992): *Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt*, Hamburg.
- Antal, Endre; Raganová, Gabriela (1993): Entwicklungstendenzen des deutschen Agraraußenhandels mit Osteuropa, in: *Osteuropa Wirtschaft*, Heft 4, S.312-332.
- Benson, Charlotte, Clay, Edward (1992): *Eastern Europe and the former Soviet Union: Economic Change, Social Welfare and Aid*, London.
- Betz, Karl (1995): Transformation von Plan- in Geldwirtschaften, in: Betz; Riese (1995)
- Betz, Karl; Riese, Hajo (Hg.) (1995): *Wirtschaftspolitik in einer Geldwirtschaft*, Marburg.
- Brie, Michael; Klein, Dieter (Hg.) (1991): *Umbruch zur Moderne?*, Hamburg.
- Brie, Michael; Klein, Dieter (Hg.) (1993): *Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage*, Berlin.
- Chahoud, Tatjana (1994): Akteure und Voyeuere beim Russisch Roulette, in: *Informationsbrief-Sonderdienst Weltwirtschaft & Entwicklung*, 14.3.94.
- Csaba, László (Hg.) (1991): *Systemic Change and Stabilization in Eastern Europe*, Aldershot.
- Dauderstädt, Michael; Domitra, Michael; Ehrke, Michael (1992): Solidarität mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe, in: *vierteljahresberichte. Probleme der internationalen Zusammenarbeit*.
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) (1993a): *Annual Report 1992*, London.
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) (1993b): *Annual Economic Review 1992*, London.
- Gál, Péter (1993): Regionale Aspekte der Integration der ungarischen Ökonomie in den Weltmarkt, in: *Hölscher et al.* (1993), S.159-181.
- Grabowski, Dariusz (1993): Privatisierung in Polen. Hintergrund, Aussichten und Chancen, in: *Hölscher et al.* (1993), S.307-316.

- Habuda, Judit (1993): Die Umorientierung der Außenhandelsströme der Transformationsländer Ostmitteleuropas, in: *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Hcft 40, S.195-208.
- Hedri, Gabriella Izik (1993): Die EG und die Staaten des »Visegráder Dreiecks«, in: *Osteuropa*, Heft 2, S.154-166.
- Herr, Hansjörg (1993): Stabilisierung und Akkumulation in Transformationsökonomien, in: Herr; Westphal (1993), S.19-47.
- Herr, Hansjörg (1995): Marktconstellationen, Wirtschaftspolitik und Entwicklung - das Beispiel der Transformationsökonomien, in: Betz; Riese (1995).
- Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (1990): *Die Transformation von Planwirtschaften in Geldwirtschaften. Ökonomische Kohärenz, Mindestschwelle der Transformation, außenwirtschaftliche Strategien*, Diskussionspapier des WZB.
- Herr, Hansjörg, Westphal, Andreas (Hg.) (1993): *Transformation in Mittel- und Osteuropa. Makroökonomische Konzepte und Fallstudien*, Frankfurt/M.
- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: *Das Argument*, Nr. 198, S.195-222.
- Hirsch, Joachim (1994): Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«, in: *Das Argument*, Nr. 203, S.7-21.
- Hölscher, Jens; Jacobsen, Anke; Toman Horst; Weisfeld, Hans (Hg.) (1993): *Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 1: Aspekte des wirtschaftlichen Umbruchs*, Marburg.
- Hölscher, Jens; Jacobsen, Anke; Toman Horst; Weisfeld, Hans (Hg.) (1994): *Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Bd. 2: Wirtschaftliche Entwicklung und Systemwandel*, Marburg.
- Holtbrügge, Dirk (1994): Westliche Hilfsmaßnahmen für Rußland - vor dem Offenbarungseid? In: *Osteuropa Wirtschaft*, Heft 3, S.153-164.
- Hopfmann, Arndt (1993a): (Alp)Traum Systemtransformation - »evolutionäre Universalien« und die Reformrealitäten in Mittel- und Osteuropa, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 33/34, S.17-33.
- Hopfmann, Arndt (1993b): Das Allerwelts-Modell 'Marktwirtschaft' als Entwicklungsfalle? Transformationsperspektiven jenseits der alten - neuen Weltordnung, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 37/38, S.17-26.
- Hübner, Kurt (1992): Wege nach nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation, in: *PROKLA*, Nr. 89, S.552-579.
- Inotai, András (1993): Die außenwirtschaftliche Öffnung, Handelsliberalisierung und Wechselkursstabilität, in: *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Heft 40, S.73-82.
- Juchler, Jakob (1994): *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993*, Zürich.
- Juchler, Jakob (1992): *Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus?* Zürich.
- Klein, Dieter (1993): Zwischen »Weiter so« und »So nicht weiter«, in: *Brief Klein* (1993), S.171-219.
- Klein, Dieter (1995): Östliche Transformation und westliche Suche nach postfordistischen Optionen - Wechselwirkungen (im Erscheinen).
- Koop, Michael J.; Nunnenkamp, Peter (1994): Die Transformationskrise in Mittel- und Osteuropa: Ursachen und Auswege, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1, S.67-92.
- Kregel, Jan; Matzner, Egon; Grabher, Gernot (Hg.) (1992): *The Market Shock. An Agenda for Economic and Sozial Reconstruction of Central and Eastern Europe*, Wien.
- Krüger, Stefan (1994): BRD: In der Keynes'schen Situation, in: *Sozialismus*, Heft 1, S.13-20.
- Kreye, Otto (1994): Weltschuldenkrise revisited, in: *Das Argument*, Nr. 204, S.211-218.
- Langhammer, Rolf J. (1993): Die Auswirkungen der EG-Handelspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa, in: *Beihefte der Konjunkturpolitik*, Heft 40, S.225-249.
- Lukas, Zedenek (1993): Die Landwirtschaft in den Oststaaten 1992, in: *Osteuropa Wirtschaft*, Heft 2, S.83-96.
- Lüken genannt Klaben, Mathilde (1995): Zur Kritik der außenwirtschaftlichen Liberalisierungskonzepte, in: Betz; Riese (1995).

- Lüken genannt Klauen, Mathilde (1993): *Währungskonkurrenz und Protektion. Peripherisierung und ihre Überwindung aus geldwirtschaftlicher Sicht*, Marburg.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital*. Dritter Band, in: *MEW*, Bd. 25.
- Menard, Michael (1993): Das Scheitern der Rechten ...und das Problem der Politik des Weiter-so, in: *Sozialismus*, Heft 7/8, S.11-14.
- Müller Klaus (1991): Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, in: *Leviathan*, Heft 2, S.261-291.
- Narr, Wolf-Dieter, Schubert, Alexander (1994): *Weltökonomie. Die Misere der Politik*, Frankfurt/M.
- Riese, Hajo (1993): Bausteine einer Makrotheorie der Transformation, in: *Herr; Westphal* (1993).
- Riese, Hajo (1994): Einkommensbildung als Entwicklungsproblem, in: *Hölscher et al.* (1994), S.37-62.
- Schekle, Waltraud (1994): Die Marktconstellation der zentralosteuropäischen Reformprozesse, in: *Hölscher et al.* (1994), S.107-135.
- Schekle, Waltraud (1995): Transformation als evolutionärer Prozeß, in: *Betz; Riese* (1995).
- Senghaas, Dieter (1982): *Von Europa lernen*, Frankfurt/M.
- Sereghyová, Jana (1993): Regionalismus in Zentral- und Osteuropa, in: *Hölscher et al.* (1993), S.145-155.
- Stark, David (1994): Nicht nach Design: Rekombiniertes Eigentum im osteuropäischen Kapitalismus, in: *PROKLA*, Nr. 94, S.127-142.
- Steffen, Olaf (1994a): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland (Teil I), in: *Osteuropa*, Heft 4, S.338-352.
- Steffen, Olaf (1994b): Zur Kritik der »Schocktherapie« in Rußland (Teil II), in: *Osteuropa*, Heft 6, S.547-565.
- Steffen, Olaf (1995): Konzepte und Perspektiven der Privatisierung in Rußland. Zur Kritik der »Schocktherapie« (Teil III), in: *Osteuropa*, Heft 2, S.134-149.
- Thomasberger, Claus (1994): Monetäre Stabilisierung, das Problem der Fremdwährungsver-sorgung und Konvertibilität, in: *Hölscher et al.* (1994), S.137-164.
- Tittenbrun, Jacek (1992): Der polnische Weg zum Kapitalismus, in: *PROKLA*, Nr. 89, S.604-621.
- Quotation of the Month: »Eighty-five Percent of Committed Assistance is Debt-creating«, in: *Transition*, (1995) No. 4, S.9.
- Wagner, Hans (1993): Menschliche Selbstveränderung in der globalen Revolution, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 31/32, S.12-29.
- Wagner, Hans (1994): Politische Ökonomie, globale Krise und Transformation des Kapitalismus, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 39/40, S.50-66.
- Winkler, Adalbert (1994): Außenhandel, Inflation und Konvertibilität. Ein Beitrag zur Diskussion über eine osteuropäische Zahlungsunion, in: *Hölscher et al.* (1994), S.251-285.
- Wittkowsky, Andreas (1992): Alternativen zu Schocktherapie und Verschuldung. Zur Transformation der früheren Sowjetunion, in: *PROKLA*, Nr. 89, S.580-603.